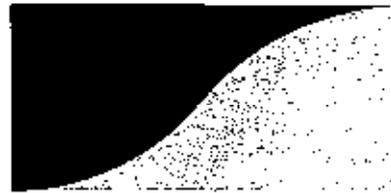


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 88/39
Telex: 8 95 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64



Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zu den Möglichkeiten, mit dem UNO-Organ Generalsstabsausschuß einen Aggressor zu zügeln: Bonner Mitwirkung ist gefragt.

Seite 1

Cornelia Sonntag MdB zur Auseinandersetzung über das Asylrecht in unserem Land: Mit simplen Antworten ist es nicht getan.

Seite 2

Hans Büchler MdB zur Notwendigkeit, die Lebensverhältnisse an den Nahtstellen zu verbessern: Die ehemaligen Zonenrandgebiete fördern.

Seite 4

Dokumentation
Horst Niggemeier MdB (Wahlkreis Recklinghausen Land) fordert in einem Rundschreiben an Funktionäre und Mitglieder: Nicht dem 14. Oktober nachtrauern, sondern auf den 2. Dezember konzentrieren.

Seite 5

45. Jahrgang / 198

16. Oktober 1990

Bonner Mitwirkung ist gefragt

Zu den Möglichkeiten, mit dem UNO-Organ Generalsstabsausschuß einen Aggressor zu zügeln

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Die unerwartete Einigkeit im UNO-Sicherheitsrat gegen die irakische Besetzung Kuwaits hat die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der UNO demonstriert.

Was ist, wenn die weitreichenden Wirtschaftssanktionen nicht greifen und Saddam trotz weiterer diplomatischer Bemühungen nicht aus Kuwait abzieht? Dann besteht der nächste Schritt aus militärischen Maßnahmen.

Zum ersten Mal würden dann nach Artikel 42 der UNO-Charta "Luft-, See- oder Landstreitkräfte" eingesetzt, um die "zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchzuführen". Da jedoch die UNO über keine eigenen Streitkräfte verfügt, kommt dann die große Stunde eines Organs, das bislang zwar in der UNO-Charta vorgesehen ist, das jedoch noch nie in Aktion trat: Der Generalsstabsausschuß (nach Artikel 47).

II.

Das Verbindungsstück zwischen Artikel 42 und Artikel 47 bietet der Artikel 43 der UNO-Charta: "Alle Mitglieder der Vereinten Nationen verpflichten sich, zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dadurch beizutragen, daß sie nach Maßgabe eines oder mehrerer Sonderabkommen dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen Streitkräfte zur Verfügung stellen...". Weil der Kalte Krieg die UNO mit ihrem schärfsten Instrument lahmlegte und der Ost-West-Antagonismus die UNO in ihrer Friedensrolle blockierte, sind diese drei Artikel in der UNO-Charta bislang "totes Holz" gewesen.

Nun aber zweigt die Lage im Nahen Osten offenbar zum letzten Mittel. Die politischen Voraussetzungen sind insofern günstig, als die UdSSR zum erstenmal sich bereit erklärt hat, der UNO sowjetische Soldaten per Vertrag zu unterstellen. Theoretisch könnte man die Truppen nehmen, die bereits am Golf aufmarschiert sind, ergänzt durch weitere nationale Einheiten. Der Generalsstabsausschuß, der aus den Generalsstabschefs der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates besteht, würde dann kollektiver Oberbefehlshaber.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreislauf-Übersicht
mit wertvollen Rückmeldung
Recycling-Papier



III.

Ein solcher Mechanismus würde zweierlei bedeuten: Die UdSSR würde in dieser Region Einfluß gewinnen, aber auch Verantwortung übernehmen, und die USA müßte ihre militärische Handlungsfähigkeit multilateralisieren. So weit zu hören ist, sind die USA dagegen, den Generalstabsausschuß (der bislang auf der Ebene der in Washington akkreditierten Militärattachés der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder "Gedanken und Informationen" unverbindlich austauscht) zu aktivieren.

Bleibe es bei der ablehnenden amerikanischen Haltung, wäre dies kurzfristig. Noch nie nach dem Zweiten Weltkrieg gab es eine solche Chance, eine multinationale Truppe (nicht zu verwechseln mit den sogenannten UNO-Blauhelmen) gegen einen Aggressor ins Feld zu führen.

IV.

Ein solcher Schritt würde auch von den Deutschen einen angemessenen militärischen Beitrags verlangen. Dann könnte sich das vereinigte Deutschland nicht mehr hinter dem Grundgesetz verstecken, was rechtlich ohnehin zweifelhaft ist. Bekanntlich verbietet das Grundgesetz der Bundesrepublik den Dienst am Frieden nicht. Anknüpfungspunkt ist der Artikel 24 des Bonner Grundgesetzes, wonach der "Bund durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen" kann. Die UNO ist eine solche zwischenstaatliche Einrichtung. Insofern ist das Grundgesetz keine Zwangsjacke. Deutschland ist Mitglied der UNO und hat als solches Pflichten übernommen. Wir stehen in der Tat unter "Zeitdruck", wie dies erst kürzlich Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" zum Ausdruck brachte. Im Ausland versteht keiner die Bonner Hinhaltelposition.

Es ist zu fordern, daß schnellstens politische und rechtliche Klärungen herbeigeführt werden und militärische Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Bundesrepublik Deutschland ihre erklärte Politik des "guten Beispiels" (Hans D. Genscher) auch materialisiert. Es geht um die Glaubwürdigkeit deutscher Politik. Die politischen Parteien müssen ihre Position klären, das Parlament muß ein rechtlich einwandfreies und politisch klares Handlungsmandat erteilen, damit Deutschlands Rolle in der Internationalen Politik glaubwürdig bleibt.

Fazit:

1. Die irakische Besetzung Kuwaits bleibt der Test für die Fähigkeit der UNO wie der Entschlossenheit wichtiger Staaten (darunter die Bundesrepublik Deutschland), Aggressoren in die Schranken zu weisen.
2. Die Golfkrise ist aber auch der Test für den Willen und die Fähigkeit der Deutschen nach ihrer Vereinigung internationale Verantwortung zu zeigen. Dabei gibt es Klärungs- und Entscheidungsbedarf!

Ist Bonn der Herausforderung gewachsen?

(-/16.10.1990/rs/ks)

Mit simplen Antworten ist es nicht getan
Zur Auseinandersetzung über das Asylrecht in unserem Land

Von Cornelia Sonntag MdB
Mitglied des Bundestags-Innenausschusses

Der Wahlsieg der CSU, so Edmund Stoiber am Abend der bayerischen Landtagswahl, sei auch ein Votum zugunsten einer Änderung des Asylrechts.

Stoiber irrt. Zwar mag zutreffen, daß das Beharren auf dem Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 unseres Grundgesetzes nicht mehrheitsfähig wäre angesichts der Proteste verärgelter, oft aber auch aufgehetzter, in jedem Falle mangelhaft über die tatsächlichen Ursachen informierter Bürger. Doch keine der demokratischen Parteien außerhalb des Unionslagers redet einer Grundrechts-

Aushöhlung des Wort. Die SPD ebenso wenig wie FDP und GRÜNE. Auch das Saarland mit seinem Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine konzentriert seine Überlegungen auf die Forderung nach einer neuen Flüchtlingspolitik, Straffung und Anerkennung der Asylverfahren sowie die Feststellung, daß der Bund einzubeziehen ist, um die Gemeinden zu entlasten.

Im Bundesrat haben die SPD-regierten Länder den Vorstoß Bayerns und Baden-Württembergs für eine Grundrechtsänderung gestoppt. Der Antrag liegt in den Ausschüssen, und da wird er Staub ansetzen. Das ist nur richtig so. Denn wer der Bevölkerung vorgaukelt, eine Aufweicheung des Grundrechts auf Asyl sei dazu angetan, den Strom der Zuwanderer zu bremsen, der handelt doppelt fahrlässig: er läßt eine historisch wohlbegründete Säule unserer Verfassung wanken, und er weckt falsche Hoffnungen auf die Lösung eines Problems, das eine Fülle anderer, komplizierter und viel schwerer zu beseitigender Ursachen hat.

Daß die SPD intensiv über neue Wege in der Einwanderungspolitik nachdenkt, hat nichts mit "Eiertänzen" oder "Wackelei" zu tun, dafür umso mehr mit der Tatsache, daß das Phänomen der Zuwanderung in unseren Staat keine simplen Antworten zuläßt. Niemand wird leugnen, daß es neben der politischen Verfolgung andere Fluchtmotive gibt: Hunger, tägliche Angst um die Erfüllung elementarer Lebensbedürfnisse, rassische, religiöse und sexuelle Verfolgung und Erniedrigung. Und es wird immer mehr anfechtbarer, die "politisch Verfolgten" im engeren Sinne zu trennen von den vielen anderweitig Unterdrückten oder Verletzten, so als hätten wir die Spreu vom Weizen abzusondern. Dieses Dilemma spiegelt sich auch in der Zusammensetzung derer wider, die in den vergangenen Monaten Zuflucht in der Bundesrepublik gesucht haben. Es ist wahr: als politisch Verfolgte im Sinne des Artikels 16 werden zur Zeit nur 3,5 Prozent anerkannt - wobei wir alle wissen, wie eng einige Gerichte den Begriff mittlerweile auslegen. Zu fragen ist auch, wer unter den tatsächlich politisch Bedrohten es überhaupt noch schafft, aus dem Lande zu kommen. In der Bundesrepublik kommt zur Zeit mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge aus Ost- und Südosteuropa. Nicht der politische Druck ist ausschlaggebend, sondern das wirtschaftliche Gefälle. Wir haben es also nicht nur mit Asylbewerbern zu tun, sondern mit denen, die die "Armutsgrenze" überschreiten. Die Grenzen sind offen - ein Umstand, den wir warmen Herzens begrüßen. Wollen wir die Barrieren wieder aufbauen?

Neben den Asylbewerbern gibt es Flüchtlinge, die im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention nicht abgeschoben werden können. Bei den Roma und Sinti, deren Unterbringung Länder und Gemeinden momentan vor fast unlösbare Schwierigkeiten stellt, handelt es sich wiederum um die letzte große Nomadenbewegung innerhalb Europas; um Menschen, die die Furcht vor alltäglicher Diskriminierung weiltreibt, die sich aber wiederum besonders schwer an die Lebensbedingungen und Verhaltensweisen ihrer neuen Zufluchtsregionen anpassen.

Nach alledem zeigt sich: die Flüchtlingsprobleme der Gegenwart und nahen Zukunft lassen sich nicht durch Patentrezepte lösen. Schon gar nicht durch die Einschränkung und Beseitigung des Asylrechts. Ein solcher Schritt würde letztlich nur zu Lasten der politisch Verfolgten gehen, ohne die Zuwanderung zu stoppen. Denn deren Ursachen - Menschenrechtsverletzungen, Wohlstandsgefälle, kriegerische Konflikte - bestehen fort.

Was das Asylverfahren betrifft, bemühen sich die Länder weiterhin um Straffung und Beschleunigung. Da werden zusätzliche Kammern eingerichtet, wird über Gemeinschaftsverpflegung, Ausgabe von Sachwerten statt Bargeldzahlungen nachgedacht und anderes mehr. Aber schon bei den Sammelunterkünften scheiden sich die Geister. Die Befürworter sehen sie angesichts der drängenden Wohnungs- und Raumnöte als blanke Notwendigkeit. Kritiker verweisen darauf, daß besonders große Sammellager zu sozialen Konfliktherden werden können. Alles in allem ist das Instrumentarium zur organisatorischen Bewältigung, Straffung und Beschleunigung begrenzt. Schon jetzt dauern übrigens die Verfahren in den Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nur drei bis acht Wochen. Nach dieser beschleunigten Methode werden rund 30 Prozent aller Fälle behandelt. Die übrigen Verfahren dauern heute neun bis zehn Monate. Das ist noch immer zu lang. So muß das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge weiter entlastet werden. Auch können

Flüchtlinge, die konkret und nachweisbar die Bundesrepublik nur als Durchgangsstation benutzen, ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht erhalten.

"Wir können nicht als Auffangstation für den Jammer dieser Welt erhalten", heißt es immer wieder. Wohl wahr. Freilich ist auch richtig, daß die Bundesrepublik und andere Industrienationen sich nicht aus ihrer humanitären Verantwortung stehlen können, solange es Flüchtlingsströme gibt und die Zuwanderer auch deshalb kommen, weil die vergleichsweise reichen Industriestaaten sich auf Kosten der Dritten und Vierten Welt schadlos halten. Und schließlich ist es auch nicht der Weisheit letzter Schluß, wenn wir zwar unser Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte als einsamen Leuchtturm bewahren, die Modalitäten "drumherum" aber als Bollwerk von Restriktionen und Abschreckungs-Maßnahmen ausformen.

Die Politik muß sich viel engagierter als bisher für die Wahrung und Wiederherstellung der Menschenrechte und für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung einsetzen. Programme mit gezielten Strukturhilfen und Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Familienplanung sind am ehesten geeignet, die Lage in den Herkunftsändern zu ermöglichen. Das hat die SPD erklärt und gefordert, lange bevor im Bundesinnenministerium entsprechende Überlegungen entwickelt wurden.

Wir stehen an der Schwelle zu einer neuen Flüchtlingspolitik. Wenn wir dieses große Problem einsichtig und human angehen wollen, brauchen wir nicht den Rat der Hardliner. Wir brauchen die Hilfe der Flüchtlingsorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Gewerkschaften, die seit langem ihren wichtigen Beitrag in der Arbeit für Ausländer leisten.

(-/16.10.1990/rs/fü)

Die ehemaligen Zonenrandgebiete fördern

Zur Notwendigkeit, die Lebensverhältnisse an den Nahtstellen zu verbessern

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Ausschuß für Innerdeutsche Beziehungen

Wieder einmal schließen die Freidemokraten weit über das Ziel hinaus. Graf Lambsdorff forderte im Zusammenhang mit der Finanzierung der deutschen Einheit: "Mit dem Abbau der Zonenrandförderung ist bald zu rechnen. Angefangene Projekte müssen jedoch zu Ende geführt werden." (Frankenpost vom 12.10.90)

Sollte dies Wirklichkeit werden, stehen für die ehemaligen Zonenrandländer schwere Zeiten an. Denn es genügt nicht, nur die angefangenen Projekte an der Nahtstelle zwischen der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik zu fördern. Alle Institutionen, Wohlfahrtsverbände, Sport- und anderen Vereine, kommunale Gebietskörperschaften und Kirchen, die ein Vorhaben angemeldet haben, müssen mit Mitteln des Bundes weiterhin gestützt werden. Dies liegt in der Logik des Grundgesetzauftrages nach Schaffung von gleichen Lebensbedingungen in allen Regionen Deutschlands. Mit dem Wegfall der Grenze allein ist er jedenfalls noch nicht erfüllt.

Es führt kein Weg daran vorbei: Die Normalisierung im Herzen Europas wird noch eine Zeit lang dauern und sie wird Geld kosten. Wir dürfen jetzt nur nicht an der falschen Stelle sparen. Die jüngsten Aussagen der FDP sind kontraproduktiv und wenig hilfreich. Die Priorität der Förderskala muß lauten: Ehemalige DDR zuerst und dann aber sofort die ehemaligen Zonenrandgebiete. Nur gezielte Infrastrukturmaßnahmen werden "beide Teile Deutschlands" an der Nahtstelle "Zonenrand" dauerhaft und ohne große Brüche zusammenführen können.

Um diesen Prozeß auf einem wichtigen Gebiet - Förderung von Projekten im ehemaligen Zonenrand - in die richtigen Bahnen zu leiten, habe ich an die Ministerien für innerdeutsche Beziehungen u.a. folgendes geschrieben:

"Bei meinen jüngsten Bereisungen der ehemaligen Zonenrandländer, aber vor allem durch Berichte aus dem eigenen Wahlkreis, habe ich erfahren, daß viele Institutionen, Wohlfahrtsverbände, Sport- und andere Vereine, kommunale Gebietskörperschaften und Kirchen dringend auf Zuschüsse aus der Zonenrandförderung warten.

Dabei gibt es ein Problem: Da die Praxis so ist, daß die Länder erst mit der Zuweisung ihrer Förderungsrate die entsprechenden Projekte vorlegen, können das innerdeutsche Ministerium oder andere betroffene Ressorts der Bundesregierung nicht wissen, wieviel von den oben genannten Institutionen eigentlich noch auf Geld aus der Zonenrandförderung hoffen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: In Bayern haben wir eine Warteliste bei Sportvereinen, die weit bis in die Mitte der 90er Jahre hineinreicht. Die Bezuschussungsobjekte, z.B. Fußballvereinsheime, stehen zum Teil bereits, da die jeweiligen Gemeinden und Vereine vorfinanziert haben. Sie hoffen jetzt natürlich auf baldige Mittelzuweisung.

Da die Lage ziemlich unübersichtlich geworden ist, hielte ich es für einen akzeptablen Verfahrensvorschlag, wenn Ihr Haus in einer Konferenz mit den ehemaligen Zonenrandländern Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein eine Bestandsaufnahme machen würde, damit alle Projekte, die auf Gelder aus dem innerdeutschen Ministerium warten, dem Bund konkret benannt werden. Wir könnten dann die erstellte Liste im Parlament, vor allem im innerdeutschen Ausschuß behandeln, und entsprechende Empfehlungen für die Finanzminister erarbeiten.

Wie Sie wissen, sehr geehrte Frau Ministerin, basieren viele der Institutionen, die durch Ihr Haus gefördert worden sind, zum großen Teil auf freiwilliger Arbeit von tausenden von Menschen. In der Regel bekommen sie kein Entgelt, sondern leisten durch ihr idealistisches Engagement einen besonders wertvollen Beitrag für die Gesellschaft. Die Vorsitzenden und einfachen Mitglieder dieser Vereine oder der anderen betroffenen Einrichtungen sollten wir jetzt nicht im Stich lassen.

Die geplanten Maßnahmen müssen also wie bisher vom Bund mitfinanziert werden, zumal die anfallenden Kosten ein wirklich geringer Betrag gegenüber den anderen Ausgaben sind, die bei der Verwirklichung der deutschen Einheit auf uns zukommen.

Darüber hinaus denke ich mir, daß es für das innerdeutsche Ministerium und für uns alle, die in der Deutschlandpolitik über Jahre intensiv gearbeitet haben, mithin für die Zonenrandförderung auch in schlechten Zeiten eingestanden sind, ganz gut wäre, wenn jetzt ein geordneter Abschluß gefunden werden könnte, der zudem niemand in den Regionen, die seit Jahren mit dem Rücken an der Wand gekämpft haben, enttäuscht.

Ich hoffe, sehr Frau Ministerin, Sie akzeptieren meinen Vorschlag und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in einer der nächsten Sitzungen des innerdeutschen Ausschusses darüber berichten könnten."

(-/16.10.1990/rs/fü)

DOKUMENTATION

Nicht dem 14. Oktober nachtrauern, sondern auf den 2. Dezember konzentrieren

Als "bewußtseinsbildende Maßnahme und Motivationsschub" für die Funktionäre und Mitglieder in seinem Bundestagswahlkreis 92 (Recklinghausen Land) will Horst Niggemeier MdB seinen Rundbrief verstanden wissen, den er schon zwölf Stunden nach Bekanntwerden der wenig erfreulichen Wahlergebnisse für die SPD auf die Post gegeben hat. Seine Meinung: "Wir haben keine Zeit den Wahlniederlagen vom 14. Oktober nachzutrauern, sondern wir müssen jetzt mit viel Elan darangehen unsere Position im Wahlkreis auszubauen." Nachfolgend der Text des Rundbriefes von Horst Niggemeier.

Hallo, liebe Freundinnen und liebe Freunde!

Da nutzt kein wohlklingendes Drumherumreden: Der Wahlsonntag am 14. Oktober war alles in allem gesehen für uns Sozialdemokraten eine schmerzliche Pleite. Auch ein Stolpe in Brandenburg macht noch keinen SPD-Sommer in Deutschland. Die politische Großwetterlage ist noch nicht SPD-freundlich. Diesen Wahltag müssen wir ganz schnell abhaken. Und wir müssen uns voll auf den 2. Dezember konzentrieren.

Natürlich kennen wir auch die für uns wenig günstigen Umfrageergebnisse für die Bundestagswahl. Das sollte uns jedoch nicht entmutigen, denn da hat Oskar Lafontaine recht: In den nächsten sieben Wochen kann noch viel passieren. Selbst die dem Bundeskanzler in tiefer Zuneigung verbundene BILD meinte ein Tag nach der Wahl: "Sieben Wochen harter Wahlkampf zur Bundestagswahl können noch viel von der Großwetterlage ändern."

Die Menschen in unserem Wahlkreis sagen es uns doch jeden Tag: Was ist mit Wohnungen? Die Mieten explodieren und der Mieterschutz ist durchlöchert. Es fehlen Kindergartenplätze! Warum sind die Zinsen für Bauwillige so hoch? Der Pflegenotstand in den Krankenhäusern und Sozialeinrichtungen ist offenkundig und Bonn läßt den Karren einfach laufen! Es fehlen Lehrer und die Polizei müßte aus Gründen der inneren Sicherheit personell verstärkt werden!

Das und noch viele andere Alltagsorgen bedrückt die Menschen. Die konservative Bundesregierung hält die Bundesländer finanziell an der kurzen Leine und sie höhlt damit auch mittelbar die Finanzkraft der Kommunen aus. Die milliardenschweren Kosten der deutschen Einheit werden von der Bundesregierung nach dem Prinzip der sozialen Ungerechtigkeit finanziert: Die breite Masse muß den Löwenanteil der Kosten auf ihre Schultern laden und die Unternehmer verdienen sich bei der deutschen Einheit eine goldene Nase. Und dazu gibt es dann noch Steuersenkungen für die Großverdiener von 25 Milliarden DM ab 1991. Kohl und Co. machen es möglich.

Wir alle bekennen uns zu unserer Pflicht, für die Herstellung vernünftiger Lebensbedingungen in den fünf neuen Bundesländern einzutreten. Wir wollen und müssen helfen, das sind wir unseren Landsleuten in der ehemaligen DDR schuldig. Doch wir Sozialdemokraten wollen, daß diese Kosten sozial gerecht auf alle Schultern verteilt werden. Dazu gehört es, Einsparungen im Bundeshaushalt vorzunehmen. Vorrangig müssen die Militärausgaben drastisch gekürzt werden. Doch Stoltenberg sattelt weiter drauf, anstatt endlich abzuspecken.

Deshalb müssen und wollen wir bis zum 2. Dezember weiter hart am Ball bleiben. Und das nicht nur, um den Durchmarsch der CDU im Bundestag und Bundesrat zu stoppen. Wir wollen auch hier im Wahlkreis unter kommunalpolitischen Gesichtspunkten unsere SPD-Stimmenanteile festigen und weiter ausbauen.

Bei der Landtagswahl im Mai gewann die SPD hier im Wahlkreis 55,5 Prozent. Daran wollen wir uns orientieren und weiter zulegen. Wir können es schaffen, wenn wir jetzt den unter den Sozialdemokraten im Ruhrgebiet gewohnten Schulterschluß praktizieren.

Die richtige heiße Wahlkampfphase beginnt jetzt erst. Dabei haben wir keine Zeit, den Wahlniederlagen vom 14. Oktober nachzutraumern, sondern wir müssen jetzt mit viel Elan darangehen, unsere Position im Wahlkreis auszubauen, meint

mit freundlichen Grüßen

Euer
Horst Niggemeier

(-/16.10.1990/rs/ks)
